

Freie Wahlen bleiben Grundbedingung

Westmächte-Antwort auf Sowjetnote in Kürze — Mit 25. Januar einverstanden

Berlin (Eigenmeldung/AP/DPA). Die Westmächte werden auf einer Viererkonferenz keinesfalls der sowjetischen Forderung entsprechen, die EVG oder den Atlantikpakt aufzugeben. Sie wollen auf freien Wahlen in ganz Deutschland als der Voraussetzung für eine Wiedervereinigung bestehen und der Erörterung asiatischer Probleme vor einer Übereinkunft in europäischen Fragen nicht zustimmen. Dies ist das Ergebnis der Vorarbeiten für die Außenministerkonferenz mit den Sowjets, die in Paris geführt wurden.

Das US-Außenministerium teilte mit, daß die drei Westmächte über die letzten Sowjetnote über die Berliner Außenministerkonferenz gegenwärtig beraten und die Antwort in Kürze absenden werden. Ein Sprecher sagte, die Sowjetnote, die statt des 4. den 25. Januar als Konferenztermin vorschlug, scheine keine längere Antwort zu erfordern. „Wenn das Datum des 25. Januar endgültig sein soll, dann ist es am besten, ein allseitiges Übereinkommen darüber so bald wie möglich zu treffen.“

Nach Berichten aus Washington, London und Paris ist als sicher anzunehmen, daß die Westmächte den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Termin annehmen.

Zuständige Stellen der Bundesregierung weisen darauf hin, daß die Westmächte ursprünglich Lugano als Konferenzort vorgeschlagen haben, was angesichts der absoluten Neutralität der Schweiz gewiß ein faires Angebot war. Nachdem sie sich mit Berlin als Konferenzort einverstanden erklärt haben, dürfe ihre Position den Sowjets gegenüber genügend stark sein, um auf den Ort innerhalb Berlins Einfluß zu nehmen. Sollten die Sowjets auf diesem Gebiet Händel suchen und unbedingt auf ein Gebäude im sowjetischen Sektor Berlins als Konferenzort bestehen, so würde dies ein schlechtes Vorzeichen sein.

Der Leiter der Rechtsabtei-

lung des Auswärtigen Amtes, Prof. Grewe, der die Verbindungsstelle zu den Westalliierten leitet, erklärte, für die Übernahme der vollen Regierungsgewalt durch eine gesamtdeutsche Regierung habe die Bundesregierung die Möglichkeiten sowohl eines sehr raschen wie auch eines schrittweisen Vollzuges ins Auge gefaßt. Die letzte Entscheidung ergibt sich erst aus den Beschlüssen der Viererkonferenz. Der Bundesregierung kommt es dabei vor

allem darauf an, daß in der Sowjetzone sofort demokratische Verhältnisse sichergestellt werden und damit die Bevölkerung von der Furcht befreit wird, bei gesamtdeutschen Wahlen wegen ihrer Stimmabgabe nachträglich zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Für die Sicherstellung der rechtsstaatlichen Zustände in der Sowjetzone hält man die Auflösung der Volkskammer und die Bildung einer demokratischen Regierung der Sowjetzone für notwendig. Der Gedanke, auch gleichzeitig Landtagswahlen in der Sowjetzone durchzuführen, ist fallengelassen worden, da sich die Schwierigkeiten durch die Beseitigung der Länder und Länderregierungen der Sowjetzone kaum so schnell beseitigen lassen.

Eine Mahnung an Europa

Weihnachtsansprache des Papstes gegen den Materialismus

Vatikanstadt (AP). Gegen die materialistische Welt- und Lebensauffassung, gegen übertriebene Fortschrittsgläubigkeit auf dem Gebiete der Technik und für einen Zusammenschluß der europäischen Völker zum Nutzen des politischen und sozialen Friedens hat sich Papst Pius XII. am Heiligen Abend in seiner Weihnachtsbotschaft ausgesprochen.

In seiner Rede erklärte der Papst, wenn materielle Errungenschaften im menschlichen Denken als Ersatz für jede Art religiöser und geistig fundierter Ideale betrachtet würden, so verdunkelte sich dieses Denken und könne die übernatürliche Welt nicht mehr erfassen. Die aus dem extremen technischen Geist hervorgegangene Form

des Materialismus entleide das Leben seiner Bedeutung. Wo immer er regiere, verwandle er die menschliche Gesellschaft in eine farb-, gestalt- und substanzlose Masse, die der Persönlichkeitswerte beraubt sei.

Die schwere Sorge um Europa, so fügte der Papst hinzu, habe ihren Grund in den unaufhörlichen Enttäuschungen, mit denen seit Jahren der sehnliche Wunsch der Völker nach Frieden und Entspannung gerade durch die materialistische Ausrichtung in der Frage des Friedens Schiffbruch erleide.

Abschließend sprach der Papst die Überzeugung aus, daß die Überwindung der häufig allzu spürbaren Ungleichheit des Lebensstandards in Europa durch den Zusammenschluß der einzelnen Völker möglich sei,

Moskauer Schachzüge

Es hat lange gedauert, bis die Sowjets auf die Note der Westmächte geantwortet haben, die bekanntlich den 4. Januar für die Außenminister-Konferenz vorgeschlagen hatten. Schon darin mußte man eine Verzögerungsabsicht sehen. Sie wird jetzt bekräftigt durch den sowjetischen Vorschlag, die Konferenz erst am 25. Januar beginnen zu lassen.

Das bisherige Echo auf diesen Vorschlag ist in der westlichen Welt von einer seltenen Einmütigkeit. Allgemein wird betont, daß Moskau Zeit gewinnen will, um die Bildung einer neuen französischen Regierung abzuwarten, oder vielmehr: die Krise, die wahrscheinlich in Frankreich erneut einsetzen wird, wenn die Regierung Laniel am 17. Januar zurücktritt. Diese Regierung Laniel-Bidault hat sich in der Nationalversammlung und auf den Bermudas zumindest nicht gegen die EVG gestellt. Hätten die Sowjets dem 4. Januar zugestimmt, so hätten sie sich also mit einer geschlossenen Meinung der drei Westmächte auseinandersetzen müssen. Daß die künftige Regierung Frankreichs weniger EVG-freundlich ist als die jetzige, ist eine Hoffnung, die zwar wenig begründet sein mag, die aber immerhin für die Sowjets besteht. Und außerdem bestände für sie während einer längeren Regierungskrise in Paris die Möglichkeit, in Berlin auf der Viererkonferenz zu „taktieren“, um den Gang der Dinge in Frankreich zu beeinflussen.

Mehrfach haben wir darauf hingewiesen, daß wir ein solches Taktieren sehr bedauern würden, weil für das gesamte Deutschland bei dieser Konferenz zu viel auf dem Spiele steht. Doch man muß sich abfinden mit dem Gedanken, daß Moskau auch diese Aussprache über Deutschland, seine Freiheit, Wiedervereinigung und nationale Zukunft ganz aus dem Blickwinkel dessen sehen will, der allein auf seinen eigenen augenblicklichen politischen Vorteil bedacht ist. Hierüber sind schon zu viele Prognosen gestellt worden, und man kann

jetzt nichts anderes tun, als abzuwarten.

Man wird im übrigen nicht bis zum 25. Januar warten müssen, um die sowjetischen Tendenzen zu merken. Bereits die Vorbesprechungen dürften sehr aufschlußreich werden. So scheint die an sich unwichtige Frage nach den Konferenzräumen schon geeignet zu sein, zum „Problem“ zu werden — wenn man durchaus komplizieren will. Von einem sowjetischen Entgegenkommen kann seit der „Iswestija“-Erklärung keineswegs die Rede sein, doch die Schwierigkeiten müssen offen während der Konferenz der Außenminister ausgetragen werden, nicht aber versteckt hinter irgendwelchen technischen Vorwänden in den Vorbesprechungen zweitrangiger Beauftragter.

Mit aufmerksamer Spannung

muß jetzt also beobachtet werden, ob die Sowjets bereits auf diesen Vorbesprechungen gegen die Konferenz arbeiten. Allerdings wäre das wohl das aller-schlechteste Zeugnis, das sie sich ausstellen könnten, es wäre das Zeichen eines Unsicherheitsgefühls und einer schlechten Verhandlungsposition. Andererseits bleibt die Möglichkeit durchaus bestehen, daß Molotow persönlich in Erscheinung treten will, sei es, um die frühere Praxis des starren, kompromißfeindlichen Njet zu erneuern, oder, was wahrscheinlicher ist, in langwierigen Verhandlungen sich elastisch um Vorteile zu bemühen, wenn ihn französische Krisen hierzu ermutigen. Denn in dieser Viererkonferenz wird es nicht nur um Deutschland gehen, sondern auch um Frankreich.

Hinterhältige Verbrechen

16jähriger von Sowjets auf der Autobahn erschossen

Aus dem Hinterhalt und ohne jeden Grund haben sowjetische Soldaten in der Nacht des zweiten Weihnachtsfeiertages auf der Autobahn kurz vor dem Westberliner Kontrollpunkt Dreilinden den 16jährigen Joachim Wozniak erschossen, der mit seinen Eltern von einer Weihnachtsreise aus Westdeutschland in einem Volks-Lieferwagen zurückkam. Joachims Mutter, Frau Isa Wozniak, wurde schwer verletzt. Man zwang den Vater, mit dem sterbenden Jungen und der verletzten Frau noch einmal nach dem sowjetischen Kontrollpunkt Babelsberg zurückzukehren. Dort wurden aus dem durch fünf Schüsse getroffenen Wagen die Kugeln entfernt — dann durfte er nach Westberlin fahren.

Auch in diesem Jahr haben feige Mordschützen während der Weihnachtsfeiertage an den Grenzen Westberlins ihr schändliches Handwerk getrieben. Damals wurde der Polizeioberwachmeister Bauer an der Frohnauer Zonengrenze aus dem Hinterhalt erschossen. Heute stehen wir an der Bahre des 16jährigen Joachim Wozniak.

Man komme uns nicht mit der Entschuldigung, diese Sowjet-

soldaten seien betrunken gewesen. Waren es etwa die sowjetischen Flieger auch, die das Feuer eröffneten? Diese blinde Schießwütigkeit kann nur einst auf Passagiermaschinen das Ergebnis einer systematischen, jahrelangen „Erziehung“ sein, die jedes christliche Empfinden der Nächstenliebe verleugnet, die darauf abzielt, daß der Mitmensch nur als Nummer angesehen wird.

Der Feuerüberfall vor Dreilinden ist so ungeheuerlich, daß er nicht wieder gutzumachen ist. Der Zweck aller nur allzu berechtigten Proteste kann nur der sein, künftig derartige Vorfälle zu verhindern. Dazu gehört in erster Linie, daß die Schuldigen vor ein sowjetisches Kriegsgericht gestellt und exemplarisch bestraft werden. Nur wenn die Sowjetregierung mit aller Strenge abschreckend gegen die Übergriffe ihrer eigenen Soldaten vorgeht, wird man ihr glauben können, daß sie diesen Feuerüberfall bedauert und wenigstens bemüht ist, eine Wiederholung zu vermeiden. Worte allein genügen nicht mehr. Auch aus der sowjetischen Reaktion auf diesen Zwischenfall wird die Welt ersehen können, wo die Sowjets am Vorabend einer Viererkonferenz stehen.

Unzerstörbare Stadt

Bonn (DPA). „Berlin mag durch den Krieg noch so sehr zerschlagen worden sein, seine Leistung, Existenz und seine politische Bedeutung haben sich als unzerstörbar erwiesen“, heißt es in einer soeben erschienenen, über 200 Druckseiten umfassenden Untersuchung der raumpolitischen Lage der Stadt durch das dem Bundesinnenministerium unterstehende Institut für Raumforschung.

Die Untersuchung behandelt ausgiebig die Voraussetzungen für den Wiederaufbau und die Einsetzung Berlins in seine alte Funktion als deutsche Hauptstadt. „Nicht nur, daß in der Bevölkerung Gesamtberlins unverändert das Bewußtsein der Einheit dieser Stadt lebt“, heißt es, „man kann international gesehen die Funktionen dieser Stadt in ihrer vollen Wirksamkeit nicht entbehren.“

Grüne Woche Ende Januar

Berlin (DPA). Am 29. Januar wird die internationale Landwirtschafts-Ausstellung „Grüne Woche Berlin 1954“ in der Ehrenhalle am Funkturm eröffnet. Der Bundeskanzler hat die Schirmherrschaft über die „Grüne Woche“ übernommen.

Pakete an CSR-Gefangene

Bonn (AP). Nach Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes können jetzt wieder Liebesgabenpakete an deutsche Gefangene in der Tschechoslowakei verschickt werden. Seit Juli dieses Jahres waren diese Sendungen nicht möglich.

Kirchenblatt für Ostgemeinden

Berlin (DPA). Bischof Weskamm hat bekanntgegeben, daß die zuständigen Behörden der Sowjetzone die Genehmigung für ein katholisches Sonntagsblatt erteilt haben. Die Wochenzeitung, die für die Ostgemeinden des Bistums bestimmt ist, wird den Namen „St.-Hedwigs-Blatt“ tragen.

Neuer Kurs — ein Fiasko

Der mit gewaltigem Propagandaaufwand eingeleitete neue Kurs in der Zone, über dessen große erste Erfolge die Ostpresse schon berichtete, ehe er anlaufen konnte, stellt sich heute bisher als ein völliges Fiasko heraus. Eine neue Verordnung des sowjetzonalen Ministerrats kommt dem Eingeständnis der Wirkungslosigkeit der bisherigen Maßnahmen zur Steigerung der Konsumgüter-Erzeugung gleich.

Schon die Präambel gibt zu, daß die ersten Beschlüsse „von den Ministerien und Behörden nicht zufriedenstellend erfüllt“ wurden; „ernste Mängel“ zeigten sich auch „im System der materiell-technischen Versorgung“; die Versorgung „mit den notwendigen Import-Rohstoffen“ sei ebenfalls ungenügend. Es gibt kaum einen Betriebszweig, an dem nicht heftige Kritik geübt wurde. Wenn aber dann in der Präambel, wenige Sätze weiter, gesagt wird, daß die Zone „zur Zeit über sämtliche Voraussetzungen für eine bedeutende Steigerung der Produktion von Massenbedarfs-gütern“ verfügt, weiß man, was man unter dem bisherigen System von all dem zu halten hat.

An Klagen aus der Reihe der großen Funktionäre, wie Ulbricht, Rau, Leuschner u. a., hat es in den letzten Monaten wahrlich nicht gefehlt. Aber

dank der fehlenden Initiative eines von oben bis unten gelenkten kommunistischen Planapparates hat sich offenbar sehr wenig geändert. Darum läßt man der Privatindustrie, dem Handel und Handwerk die Zügel lockerer, verspricht ihnen bessere Preise, Investitionskredite, Abschreibungsmöglichkeiten und größere Gewinne, hat aber immer noch genügend Mittel der Kontrolle in der Hand. Man weiß aus Erfahrung, daß eine solche Umstellung, wie sie der neue Kurs fordert, längere Zeit dauert. Investitionen sind ebensowenig aus dem Boden zu zaubern wie Material oder Qualitätsware oder Vergrößerung der Sortimente usw., von den Kosten, die entstehen, ganz abgesehen. Was man in den letzten Jahren verkümmern ließ, so daß Hunderte von Betrieben zur Flucht veranlaßt wurden, kann man nicht morgen schon in neuem Glanz erstrahlen lassen.

Westdeutscher Wohnungsbau-Rekord

Der vorläufige Jahresbericht über den Wohnungsbau ist einer der ersten, den ein Bonner Ministerium veröffentlicht. Rund 450 000 Wohnungen wurden danach im Jahre 1953 fertiggestellt; seit 1949 sind es 1,7 Millionen Wohnungen, in denen etwa sieben Millionen Menschen wieder ein Heim gefunden haben.

Als der Wohnungsbau nach der Währungsreform anließ, wurde das Wohnungsdefizit auf fünf Millionen geschätzt. Seither ist ein Teil der „Uraltwohnungen“ unbewohnbar geworden, jüngere Jahrgänge kamen ins Heiratsalter, und der Flüchtlingsstrom riß nicht ab. Trotzdem haben die 1,7 Millionen Wohnungen vermocht, das vorhandene Defizit um eine Million zu verringern, so daß jetzt, gemessen am Vorkriegsbedarf, noch etwa vier Millionen Wohnungen fehlen dürften.

Der Wohnungsbauminister

hofft, daß die Bauleistung im nächsten Jahr auf 550 000 Wohnungen gesteigert werden kann. Besonders erfreulich ist es, daß etwa eine halbe Million neuerrichteter Wohnungen von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen bezogen werden konnte; das sind 40 Prozent der mit öffentlichen Mitteln gebauten Wohnungen.

Der Wohnungsbau in diesem Umfang ist eine Leistung, auf die die Bundesrepublik stolz sein kann. Im Verhältnis zur Zahl der Einwohner dürfte diese Bauleistung an der Spitze aller Länder der Erde stehen. In Frankreich, das nahezu die gleiche Einwohnerzahl hat, wurde etwa nur ein Fünftel soviel Wohnungen errichtet wie in der Bundesrepublik. Selbst England, das sich in diesem Jahr ganz besonders anstrengte, wird auf etwa drei Viertel der Zahl kommen, die in der Bundesrepublik erreicht wurde.

Appell zur Verkehrsfreiheit

Sowjets sollen Grenzübergänge öffnen

Berlin (Eigenmeldung). Die Westalliierten bemühen sich weiterhin, bei den Sowjets eine Erleichterung des Verkehrs in Deutschland und in Berlin zu erreichen.

Die drei Oberkommissare forderten den sowjetischen Oberkommissar Semjonow in einer Note auf, acht Übergangsstellen an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone, die von den Sowjets in den Jahren 1951 und 1952 geschlossen worden waren, so schnell wie möglich wieder zu öffnen. Es handelt sich um die Straßenübergänge: Lübeck—Hernburg, Bergen—Salzwedel, Walkenried—Ellrich, Arenshausen—Oebisfelde, Hersfeld—Vacha, Neustadt—Sonneberg, Ludwigstadt—Propstzella und Hof—Gutenfürst.

Die westlichen Oberkommissare erklärten sich bereit, zusätzlich zu den acht Übergangsstellen noch andere Übergänge zu öffnen. Sie betonten, daß ihr Vorschlag die volle Unterstützung der Bundesregierung finde. Obwohl die Öffnung der Übergänge bereits für den 23. Dezember vorgeschlagen wurde, um den Weihnachtsreiseverkehr zu erleichtern, haben die Sowjets bisher nicht darauf geantwortet.

Die westalliierten Kommandanten prüfen gegenwärtig die Möglichkeiten, die Sowjets zur Aufhebung der Verkehrsbe-

beschränkungen zwischen Ost- und Westberlin zu veranlassen.

In einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister Dr. Walther Schreiber weisen sie darauf hin, daß sie die sowjetischen Stellen wiederholt aufgefordert haben, alle Verkehrsbeschränkungen aufzuheben.

Landverbindung Dänemark-Schweden?

Kopenhagen (DPA). Einen Vorschlag für den Bau einer Landverbindung zwischen Dänemark und Schweden über den Öresund wollen drei dänische und drei schwedische Baufirmen im Januar den Regierungen beider Länder unterbreiten.

Der Wunsch: Wiedervereinigung

Grußwechsel Bundespräsident—Oberkommissare

Berlin (AP/DPA). In einer Neujahrsbotschaft an Bundespräsident Heuss sprechen die drei alliierten Oberkommissare den Wunsch aus, daß das kommende Jahr die Wiedervereinigung Deutschlands in Unabhängigkeit, in Frieden und Demokratie bringen möge.

Es sei zu hoffen, daß die bevorstehende Berliner Außenministerkonferenz einen entscheidenden Schritt in dieser Richtung ermögliche. In der Botschaft, in der auch des

Für die Einheit Europas

Brüssel (DPA). 78 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung der beiden belgischen Städte Verviers und Roeselare haben sich in einer vom „Belgischen Rat der europäischen Bewegung“ veranstalteten Abstimmung für die europäische Einheit ausgesprochen.

Die Frage lautete: „Sind Sie der Ansicht, daß die europäischen Völker von jetzt an ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen gemeinsam verwalten sollen und wünschen Sie aus diesem Grunde die Integrierung Belgiens in ein vereinigtes Europa unter einer europäischen Behörde mit einer demokratischen Verfassung, garantiert durch eine europäische Verfassung?“

Volksaufstandes vom 17. Juni gedacht wird, geben die Oberkommissare ferner dem Wunsch Ausdruck, „daß die Bundesrepublik auf dem Wege der europäischen Zusammenarbeit und der europäischen Einigung ausharrt und in einem wachsenden Wohlstand den wohlverdienten Lohn für ihre Anstrengungen findet“.

Bundespräsident Heuss erklärt in seiner Antwort: „An der Schwelle des neuen Jahres hofft das deutsche Volk zuversichtlich, daß ihm nach einem Inkrafttreten der Verträge die freistaatliche Fortentwicklung und die nationale Sicherheit in der europäischen Gemeinschaft beschieden sein werden.“

Widerstand in Rotchina

Hongkong (AP). Zwei rotchinesische Sender haben indirekt zugegeben, daß in China antikommunistische Gruppen gegen Organe der Regierung kämpfen. Radio Tschengtu lobte die „tapferen Helden“ für die Verteidigung der westlichen Yünnan-Provinz gegen „Konterrevolutionäre, die sich immer noch in den dichten Wäldern verstecken und mit amerikanischer Hilfe besondere Aktionsgruppen gebildet haben“.

Hilfe aus England

London (AP). Der britische Gewerkschaftskongreß hat 1000 Pfund Sterling (rund 11 800 DM) für Arbeiter aus Ostberlin und

der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bereitgestellt, um ihnen „in ihrem Kampf gegen Unterdrückung“ zu helfen. Der gespendete Betrag wird dem Ostberlin-Fonds des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften zugeleitet.

Stärkster Düsenmotor

Washington (AP). Die US-Luftstreitkräfte haben mitgeteilt, daß sie jetzt über den stärksten bisher bekannten Düsenmotor in der Welt verfügen. Der Motor ist für die schweren Bomber vom Typ B-52 und die neuen Düsenjäger mit Schallgeschwindigkeit bestimmt.

In der Spitzengruppe

Rom (DPA). Die italienische illustrierte Zeitung „Oggi“ veranstaltet alljährlich um Weihnachten eine Leserumfrage über „die Persönlichkeit des Jahres“. Aus den bisher eingelaufenen Antworten zieht „Oggi“ den Schluß, daß Italiens Ministerpräsident und Außenminister Pella und der deutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer im Vordergrund stehen. Adenauer sei von verschiedenen Lesern der Wochenzeitung als „intelligentester und unbeugsamster Anhänger der europäischen Einheitsidee“ bezeichnet worden.

Das genormte Theater der Sowjetzone

Nur noch politische Ziele — Nach sowjetischen Regeln

„Geben Sie Gedankenfreiheit!“ — auf welcher Bühne der Sowjetzone oder Ostberlins der Marquis Posa diese drei Worte sagt, und ganz gleich, wie er sie sagt, geht es wie eine Welle der Erlösung und Begeisterung durch die Zuschauerreihen. Ein eiserner Ring scheint zu zerpringen, der die Menschen umklammert, Man spielt den „Don Carlos“ deshalb nicht gern und nicht oft. Zu deutlich wird an dem einen Satz, in welchen Fesseln dieses Theater und sein Publikum gehalten werden. Das „Geben Sie Gedankenfreiheit“ ragt gefährlich hinaus über die Norm, in die das Theater der Sowjetzone gepreßt wird.

Den Menschen über sich selbst zu erheben und über seinen Alltag und den Menschen darzustellen, ist Sinn und Aufgabe des Theaters. Ob auf der Bühne die große geistige Auseinandersetzung geführt wird, ob Probleme den Zuschauer aufrütteln, revolutionäre Ideen über die Rampe ins Parkett geschleudert werden oder auch nur ein heiteres Stück die Sorgen des Alltags für ein paar Stunden verdrängt — das alles ist echtes Theater, weil in seinem Mittelpunkt der Mensch steht.

Systeme, die den Menschen als Einzelwesen verachten, selbständigen Geist, neue Ideen hassen und allein den Staat und die Materie verherrlichen, werden ein echtes Theater niemals dulden. Keine noch so großzügige Theater-Subventionierung der Pankower Kulturdiktatoren kann deshalb heute noch verbergen, daß hinter glänzenden Inszenierungen und überreichen Ausstattungen der sowjetzonalen Bühnen das echte Theater längst nicht mehr lebt.

Vom Dienst am Menschen wurde es herabgewürdigt zum politischen Forum des Kommunismus. Es soll das Publikum nicht mehr über sich hinausragen, darf ihm keine Ruhepause gönnen, sondern soll von der Bühne her die entnervende Platttheit der alltäglichen politischen Schulung fortsetzen.

Das Theater der Sowjetzone ist genormt nach sehr genauen sowjetischen Regeln, und es wird nicht einmal versucht, zu verbergen, nach welchen Grundsätzen es seiner Freiheit beraubt wurde. In einem sowjetischen Aufsatz liest man:

„Die sowjetische Theaterkunst darf keine anderen Interessen haben, als die des Staates und des Volkes, d. h. ferner, daß die am sowjetischen Theater Schaffenden beim Aufbau des Kom-

munismus und bei der kommunistischen Erziehung des Volkes noch mehr helfen müssen.“

Auf der Bühne wird also das fortgesetzt, was den Zuschauer schon am Morgen in den Leitartikelspalten der Ostpresse angewiderte. Und nicht nur das Publikum, auch der Schauspieler wird rücksichtslos in diesen toten Kreislauf gezwungen: Das Garderobengespräch, „die niemandem nützliche Klatscherei soll durch die höhere Form der schöpferischen Diskussion vor dem breiten Forum unserer gewerkschaftlichen Grundeinheit im Theater ersetzt werden“, verlangte Inge von Wangenheim.

Bald darauf begann die „Parteiorganisation an den Theatern“ ihren traurigen Zweck zu erfüllen: „Die Aufgabe der Parteiorganisation besteht darin, von den führenden Genossen des Theaters in der Parteiversammlung Rechenschaft zu fordern: Wie erfüllst du als Genosse bei der Leitung des Theaters die Beschlüsse der Partei? ... Eine weitere wichtige Aufgabe der Parteiorganisation ist es, bei der Spielplangestaltung grundlegende Hilfe zu leisten. Sie trägt mit die Verantwortung, daß der Spielplan des Theaters unseren kulturpolitischen Zielen entspricht“, schrieb die Kultura-Zeitschrift „Neuer Weg“ in ihrer Nr. 5 des Jahres 1952. Das Ziel sei es, „die Parteiorganisation zum Motor der künstlerischen Entwicklung an den Theatern zu machen“. Und das ist inzwischen erreicht worden.

Die sogenannten „fortschrittlichen“ Stücke, die teils aus der Sowjetunion importiert, teils nach sowjetischem Schnittmuster zusammengeschustert über die Bühne gehen, beweisen es. Probleme gibt es darin nicht um den Menschen, sondern nur um

das Kollektiv, um Arbeiterbrigaden, Fabrikleistungen, sowjetische und sowjetzonale Jugendorganisationen. Dazu kommen die Stücke zur Verherrlichung Lenins oder Stalins, die Unzahl von Hetz-Tiraden gegen Amerika und die Machwerke, in denen es überhaupt nur um politische Tagesfragen geht.

Als handelte es sich um ein für derartige Stücke neues Rollenfach, suchte einmal in einer Annonce das Stadttheater Erfurt „zwei junge Schauspieler für Pionierstücke“.

Die Dramatiker haben aber auch keine Scheu, klassische Stücke zu verfälschen und sogar ihren Sinn ins Gegenteil umzukehren, wo das irgend möglich ist. Es gibt zahllose Beispiele dafür von den zwei geistlosen „Friedensversen“, die Regisseur Martin Hellberg verfaßte und an den Schluß von Shakespeares „König Johann“ anhängte, bis zur berüchtigten „Fidelio“-Inszenierung in Leipzig 1951: die Gefangenen als die „unter dem amerikanischen Monopolkapitalismus leidende westdeutsche Bevölkerung“, die Wachmannschaften als „arbeitslose Söldner“ und MP-Soldaten, Pizarro in der Maske McCloy's und Don Fernando in der Stalins. Das letzte derartige Ereignis liegt nur wenige Wochen zurück: die Premiere der „Stimmen von Portici“ in der Ostberliner Staatsoper, in der, neben anderen robusten Bearbeitungen, „Fenella“, das stumme Mädchen, nicht in den Tod geht, sondern zur revolutionären Funktionärin im Volksrat wird.

Zur Propaganda gehört die Masse. In das Theater, das zur Propaganda degradiert wurde, werden oft genug auch die Zuschauer in Kolonnen herangeschaft wie zur politischen Kundgebung. Belegschaften direkt aus den Betrieben, Schulklassen und ganze Büros, Teilnahme und Verhalten während der Vorstellung werden genau kontrolliert. Wer fehlt, muß einen „Entschuldigungsgrund“ nachweisen. Und mitunter gibt es, wenn sich der Vorhang endlich gesenkt hat, noch eine „Diskussion“ — der Schulungsabend ist perfekt.

Iwan darf heiraten

Volksdemokratische Regierungen sorgen für Aussteuer

Wie läßt sich die viel propagierte These von der Sorge um den Menschen so in die Praxis umsetzen, daß der Sowjetstaat einen Nutzen daraus ziehen kann, ohne die straffe Lenkung seiner Untertanen lockern zu müssen? Diese Frage muß sich der Kreml vor kurzem vorgelegt haben. Er kam sogar zu einem Ergebnis, durch das er zwei Fliegen mit einer Klappe schlug: Er bewies „Verständnis“ für die Wünsche seiner Untertanen und fand gleichzeitig ein Mittel, durch das die UdSSR neue Reichtümer erwerben konnte. Kurz und gut: Iwan, der sowjetische Besatzungssoldat in den Volksdemokratien, darf heiraten.

Laut einer neuen Verfügung kann er jetzt eine polnische Wanda, eine ungarische Ilonka, eine bulgarische Marija oder eine rumänische Constantia ehelichen, während bisher solche Ehen streng verboten waren. Die Formalitäten werden von den Behörden entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit auch sehr schnell erledigt und der Eheschließung steht nichts im Wege — wenn die volksdemokratische Braut genügend Aussteuer mitbringt.

Hier beginnt das Geschäft für die Sowjets: Das Eigentum an Grund und Boden sowie an Vermögen, das dem volksdemokratischen Mädchen trotz Enteignungs- und Kollektivierungsmaßnahmen verblieben ist, geht mit der Heirat — aller Gleichberechtigungpropaganda zum Trotz — in den Besitz des Mannes über. Er hat außerdem Anrecht auf 15 ha Land, das ihm die volksdemokratische Regierung steuerfrei zur Verfügung stellen muß.

Die Ernte, die er von diesen 15 ha Land erzielt, unterliegt keiner Ablieferungspflicht, sondern bleibt im Besitz der Familie, d. h. des Mannes, der das „erheiratete“ Vermögen und Land auch dann behält, falls die Ehe auseinandergehen sollte. Auf Grund der Steuerfreiheit und vieler anderer Begünstigungen bildet der Besitz des Soldaten also eine regelrechte Sowjet-Enklave, über die der jeweilige volksdemokratische Staat keine Verfügungsrechte mehr hat.

Da in den Volksdemokratien praktisch alle Besitztümer und Ländereien der Enteignung anheimfallen, sehen viele volksdemokratischen Frauen und Mädchen in den neuen Bestim-

mungen eine Chance, Privatbesitz zu behalten oder wieder zu erwerben. Auch die sowjetischen Besatzungssoldaten sind begeistert — bietet sich ihnen doch die Möglichkeit, im Ausland, wenn auch in einer Volksdemokratie, zu bleiben und überdies noch „Kapitalist“ zu werden.

Die Sowjetunion aber macht das beste Geschäft: sie bekommt auf diese Weise unauffällig einen Teil des Vermögens der betreffenden Volksdemokratien unter ihre Verwaltung. Die Heiratskandidaten werden überdies angewiesen, möglichst nur Grund und Boden zu nehmen, der in der Nähe größerer Städte oder Eisenbahnlinien liegt.

Von dieser Regelung werden die sowjetischen Besatzungs-

zonen in Deutschland und Österreich nicht betroffen. Sie gilt vorläufig ebenfalls nicht für die Tschechoslowakei und Albanien. Vielleicht ist dem Kreml hier das Geschäft zu unsicher und die Westgrenze zu nah.

Lehmbauten stürzen ein

Halle (Eigenmeldung). Von den in Mießeln (Geiseltal) in diesem Jahr gebauten 50 Häusern, die nach dem sowjetischen Lehmbauverfahren errichtet worden waren, konnten bisher nur zehn bezogen werden. In diesen Gebäuden wurden die Wände und tragenden Mauern verstärkt. In fünf Häusern sind die Decken der oberen Geschosse eingestürzt, da die Lehmkonstruktionen die Belastung nicht ausgehalten hatten.

Inventurkolonnen

Berlin (Eigenmeldung). Die Zentralleitung der HO hat 60 Angestellte als sogenannte Inventurkolonne ausgebildet. Dieses Personal soll am 31. Dezember für eine korrekte Durchführung der Inventur sorgen. Im vergangenen Jahr waren 60 Prozent aller Inventuraufnahmen der HO-Läden von den zuständigen Finanzämtern beanstandet worden.

Dresden interessiert er nicht ...

Ex-Feldmarschall Paulus auf dem „Weißen Hirsch“

Dresden (Eigenbericht). Wenn die Dresdener wüßten, welche Sensationsmeldungen im Westen über ihren neuen Mitbürger, den Feldmarschall Paulus, umgehen, sie würden staunen. Sie selbst interessieren sich nämlich sehr wenig für den Ex-Feldmarschall, der in seiner Villa auf dem „Weißen Hirsch“ wohnt. Man kann den geheimnisvollen Gefangenen der Sowjets ohne Mühe beim Spaziergang beobachten. Und wenn er auch beschattet wird — wer wird nicht in der Zone von irgendeinem Spitzel überwacht, wenn er zur Prominenz zählt?

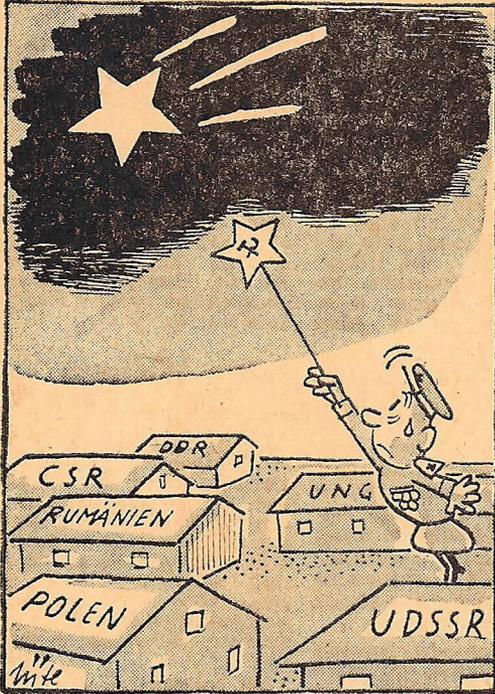
Paulus in seiner luxuriösen Villa, in der vorher der ehemalige sächsische Ministerpräsident residierte, durfte vor einiger Zeit seine Tochter sehen, die mit Interzonenpaß angereist

kam. Aber er sah sie niemals allein. Immer war ein Mann dabei, der natürlich dafür sorgte, daß Vater und Tochter sich mehr über das Wetter als über zukünftige Pläne unterhielten. Der Marschall hat zu arbeiten. Sein Aufenthalt in Dresden darf nicht umsonst sein. Aber vorher muß noch die Berliner Viererkonferenz absolviert werden.

Die Dresdener sind wirklich wenig interessiert an der ganzen Angelegenheit. Sogar die sonst so neugierigen Partei-journalisten der „Sächsischen Zeitung“ ziehen es vor, den Marschall nicht zu beachten.

In Dresden hat man schließlich andere Sorgen, als die neueste Entwicklung der militanten Richtung im Staatsapparat zu analysieren.

UNERREICHBARER WEIHNACHTSSTERN



War wieder nicht zu verdecken!

Nur flüstern . . .

Neues Leben

„Was versteht ihr unter dem neuen Leben in der DDR?“ fragte der Lehrer in einer sowjetzonalen Schule.

Nach einigem Überlegen meldete sich ein Schüler: „Früher gehörte dem Arbeiter nichts und er hatte alles, heute gehört ihm alles, aber er hat nichts . . .“

Der Traum

Grotewohl erhob sich eines Morgens ganz verstört aus seinem Bett.

„Nanu“, wunderte sich seine Gattin, „du siehst ja so zerschlagen aus?“

„Kein Wunder“, erwiderte Grotewohl mürrisch, „wo ich doch die ganze Nacht von Marx und Bebel geträumt habe . . .“

Der Unterschied

„Sag mal, Genosse Funktionär“, fragte Iwan Iwanowitsch, „habt ihr nicht früher immer behauptet, daß im Sowjetstaat alle Klassenunterschiede verschwinden werden?“

„Natürlich, haben wir das gesagt.“

„Und doch haben wir noch Klassenunterschiede!“ trumpfte Iwan Iwanowitsch auf.

„Aber wieso denn?“ rief der Genosse Funktionär. „Du siehst es doch selber — wir haben keinen Zaren mehr, keine Großfürsten und Barone . . .“

„Das schon, aber was verdient ein Sowjetmarschall? Hunderttausend Rubel! Und Genosse Ehrenburg sogar vierhunderttausend Rubel! Sind das etwa keine Klassenunterschiede?“

„Klassenunterschiede?? Wo denkst du hin, was hast du nur für kapitalistische Ansichten! Das sind doch alles nur Kategorien, du Dummkopf!“

Die neuen Methoden

In der Moskauer Zeitschrift „Kultura“ wurde über die Unterrichtsmethode des Professors an der Kunstakademie Moskau, Sorutin, berichtet. Dabei wurde erwähnt, daß Sorutin für seine Schüler für die Herstellung bestimmter Motive Zeitnormen geschaffen habe. So dürfe man für ein Waldstück höchstens zwei Stunden brauchen, für den Himmel eine Stunde, für zwei einzelne Bäume im Vordergrund eine Stunde und für drei Bären in der Mitte des Bildes je 15 Minuten. Das ganze Gemälde müsse also in annähernd fünf Stunden fertig sein.

Bewegung, Bewegung!

Die sowjetzonale Bahn fährt zwar immer langsamer, aber dafür jagten sich im letzten Jahr die Befehle für „fortschrittliche Neuerermethoden“ in zunehmendem Tempo. Ganz besonders drei Bewegungen sind es, mit

denen die sowjetischen Freunde ihre wertvollen Erfahrungen zur Verfügung stellen:

Da ist einmal die Fünfhunderter-Bewegung, die Methode Glubukow-Gulatschin. Die Genossen Glubukow und Gulatschin haben bewiesen, daß Lokomotiven in jedem Fall eine tägliche Leistung von 500 Kilometer vollbringen können. Sollte wirklich einmal der Bestimmungsort erreicht sein, ohne daß schon 500 Kilometer zurückgelegt wurden, so fährt der Genosse Lokomotivführer eben einen Teil der Strecke wieder zurück. Die Fünfhunderter-Bewegung wird sich auf jeden Fall durchsetzen!

Epochemachend und bahnbrechend wie die Fünfhunderter-Bewegung ist auch die Lunin-Methode. Genossin Nasarowa, Heldin der Arbeit, hatte für Maschinen ganz all-

gemein die bahnbrechende Erkenntnis gewonnen, daß man sie nach Benutzung auch wieder sauber machen kann (Methode Nasarowa). Genosse Lunin übertrug nun diese geniale Erkenntnis auf Lokomotiven und kam dabei zu dem Ergebnis, daß man auch Lokomotiven nach Benutzung wieder sauber machen kann, so daß sie also mehr als einmal benutzt werden können.

Die revolutionärste Erkenntnis allerdings vermittelt uns auf diesem Gebiet die Mamedow-Methode. Genosse Mamedow schenkte der Welt die erschütternde Einsicht, daß zur Aufrechterhaltung eines ordentlichen Eisenbahnbetriebes die Fahrpläne genau eingehalten werden müssen!

Na also! Die neuen Methoden — da gibt es keinen Zweifel — sind wirklich überwältigend.

Ein neuer Tiefsee-Erfolg

Französischer Forscher tauchte 1235 Meter

Kapitän Jacques-Yves Cousteau führte jetzt zusammen mit dem Kommandanten des französischen „Bathyscaph“, Houot, ein neues erfolgreiches Tauchunternehmen durch. Es gelang ihnen, den beweglichen Tiefenballon in einem Unterwasserkanon 9 km vor der französischen Mittelmeerküste in einer Tiefe von 1235 m auf den Meeresgrund zu setzen.

Im Gegensatz zu Professor Piccard, dessen „Trieste“ in den Schlamm des Meeresgrundes geraten war, so daß der Forscher erklären mußte: „Ich konnte nichts sehen“, war es Cousteau möglich, auf dem Meeresgrunde wesentliche und überraschende Beobachtungen zu machen.

Dank der einzigartigen Scheinwerferausrüstung des „Bathyscaph“ war Cousteau in der Lage, aus der Tiefe von 1235 m Aufnahmen mitzubringen, die die ersten sind, die in der ewigen Finsternis gemacht werden konnten. Cousteau kann nun den Beweis für seine Annahme erbringen, daß, im Gegensatz zu der Meinung der Meeresbiologen, die großen Meerestiefen nicht ohne Leben sind, sondern daß dort sogar eine sehr dichte Fauna anzutreffen ist.

Cousteau sagte nach seinem Wiederauftauchen: „Wir hatten in 1230 m Tiefe auf einem Boden von hellgrauem Modder aufgesetzt, der im Licht unserer Scheinwerfer fast weiß erschien. Dort war die Dichte des Lebens wahrhaft wunderbar. Wir befanden uns mitten in einem Gewimmel großer Meergarnelen. Eindrucksvolle große schwarze Schatten schlangelten sich über den Grund. Sie rührten von Haien her, die das Licht unserer Scheinwerfer angezogen hatte.

Andere Haie, als wir sie bisher kannten.“ Cousteau machte die überraschende Entdeckung, daß der Meeresboden eine Kolonie unterseeischer Tierbauten beherbergt: „Die ganze Oberfläche, soweit wir sie sehen

konnten, war mit großen Schollen bedeckt, die uns an Marmorbauten erinnern.“

Das soeben durchgeführte für die Wissenschaft äußerst wertvolle Tauchunternehmen ist nur der Anfang einer Reihe weiterer Vorstöße in die Tiefe mit dem französischen Bathyscaph. In Kürze werden diese tapferen Pioniere vor Dakar ein neues Tauchunternehmen bis zu 4000 Meter durchführen. Die Arbeit der französischen Forscher hat keinerlei Rekordhintergründe, sie soll lediglich der ozeanographischen Forschung neue Erkenntnisse bringen.

Botschaft des guten Willens

5 Jahre internationale Glückskette

Als 1948 die Internationale Glückskette zum ersten Male über alle europäischen Sender zur Hilfe für die Kinder aufrief, die, unschuldig am Krieg, seine Folgen am schmerzlichsten spürten, da war die Glückskette schon eine ständige Einrichtung des Schweizer Rundfunks.

Sie wurde von einem Reporter ins Leben gerufen, der einen jener berühmten Kettenbriefe erhielt, ihn in den Papierkorb warf, den Gedanken aber aufgriff und für die menschliche Nächstenliebe nutzbar machte. Er rief zur Hilfe für ein verarmtes Dorf auf; einer der Haupthelfer dieser Aktion machte nun auf ein kleines Kind aufmerksam, das durch einen Unfall beim Heuen skaliert worden war und sich keine Perücke leisten konnte. Ein Theaterfriseur half, So erwuchs aus jeder guten Tat eine neue. Bald galt es, tuberkulösen Kin-

dern zu helfen, bald die Not der Kriegswaisen zu lindern. Die Katastrophen in der Po-Ebene und in Holland erforderten schnelle Hilfe, und in wenigen Stunden umspannte die Glückskette, die Engländer nennen sie noch sinnvoller „Kette des guten Willens“, ganz Europa. Politiker, Künstler und Wissenschaftler stellten sich in ihren Dienst.

Die europäischen Rundfunkstationen übertrugen der Glückskette zu ihrem 5. Geburtstag das Recht, sich ihrer Sendeanlagen zu bedienen, wann immer die Not es erfordere.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt:

Täglich ab 13 Uhr in stündlicher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr; sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder

aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Alles gestohlen

Die von der polnischen Regierung der Sowjetzone übergebenen Gemälde deutscher Meister des 18. bis 19. Jahrhunderts stammen nach Ansicht Sachverständiger vornehmlich aus dem ehemaligen „Schlesischen Museum für bildende Künste“ in Breslau.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.